

Rubrikanzeigen

Immobilien
Stellen
Veranstaltungen

ab Seite 30

ab Seite 34

ab Seite 36

Herbstmesse Massagebetten, Komfortschuhe, Epilierkristalle, Brillenwaschanlagen und viel Volk: noch heute und morgen.

Region Seiten 3 und 19

Ukraine Vitali Klitschko, der Boxweltmeister, lässt sich als Politiker aufstellen.

Ausland Seite 5

Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861



Inland

Hohe Margen bei Medikamenten

BERN Nach wie vor sind rezeptpflichtige Medikamente in der Schweiz deutlich teurer als im Ausland. Santésuisse liess die Margen von 6700 Medikamenten mit jenen in sechs europäischen Referenzländern vergleichen. Das Fazit: In der Schweiz sind die Margen um 410 Millionen Franken höher.

Seite 7

Region

Grippeimpfstoff teilweise knapp

SCHAFFHAUSEN Schaffhauser Arztpraxen sind nur teilweise von Lieferengpässen und Verkaufstopps der Grippeimpfstoffe der Firmen Novartis und Curcell betroffen. Das hat eine Umfrage der «Schaffhauser Nachrichten» bei den Ärzten aus der Region ergeben.

Seite 18

Ausland

Blutbad in Afghanistan

KABUL Am ersten Tag des islamischen Opferfestes hat ein Selbstmordattentäter in einer afghanischen Moschee ein Blutbad angerichtet und mindestens 41 Menschen mit in den Tod gerissen. 50 Menschen wurden bei der Explosion im grössten Gotteshaus der Provinzhauptstadt Majmana verletzt.

Seite 6

Gsaat isch gsaat

«Schaffhausen ist in einer ganz anderen Situation»

Rosmarie Widmer Gysel
Zu den Steuerentwürfen anderer Kantone

ANZEIGE

Ihr Spezialist für PC + MAC

Profitieren Sie von unserer Erfahrung!

pcds Grubenstrasse 108
8200 Schaffhausen
Tel.: 052 674 09 90
www.pcds.ch

Moser ist wohl gesichert

Die Zukunft des Luxusuhrenherstellers Moser in Neuhausen scheint nachhaltig gesichert.

VON ROLF FEHLMANN

NEUHAUSEN Die Moser Watch Holding, die mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Franken ausgestattet ist, übernimmt zum Preis von 1,75 Millionen Franken alle Aktien der Gesellschaften der bisherigen Moser Group, ferner Forderungen in Höhe von rund 72,5 Millionen Franken aus Darlehensverträgen sowie die Rechte an allem geistigen Eigentum der bisherigen Moser



Georges-Henri Meylan

VR-Präsident

Group. Der Verwaltungsrat der Moser Watch Holding setzt sich zusammen aus dem Schweizer Georges-Henri Meylan (Präsident), dem Briten William «Bill» Muirhead, dem Franzosen Bruno Henri Moutarlier sowie den Schweizern Stephan Frey und Eric Moser. Der bisherige Geschäftsführer der Moser Group, der Schweizer Christof

Zuber, behält die operative Führung als Direktor der Moser Watch Holding.

Branchenkenner reagierten positiv: Der Verwaltungsrat sei besetzt mit hochkarätigen Köpfen aus der Uhrenbranche, welche über die erforderliche Erfahrung und das nötige Netzwerk verfügten, um die Marke Moser nicht nur technisch, sondern auch betriebswirtschaftlich erfolgreich zu machen – Muirhead, Moutarlier und Meylan hatten im März 2012 bereits die Neuenburger Traditionsmarke Hautelence übernommen. Über seine MELB Holding ist oder war Georges-Henri Meylan mit über zwei Dutzend Firmen und Organisationen verbunden, die meisten davon aus der Uhrenbranche.

Mehr auf Seite 11

Steuerbetrug Silvio Berlusconi zu vier Jahren Haft verurteilt



Wenige Tage nach seinem Verzicht auf eine erneute Kandidatur als Ministerpräsident hat ein Mailänder Gericht Silvio Berlusconi wegen Steuerhinterziehung zu vier Jahren Haft verurteilt. Die Richter befanden Berlusconi für schuldig, beim Kauf von Rechten an amerikanischen Fernseh- und Kinofilmen durch seinen

Konzern Mediaset in den Jahren 2001 bis 2003 den Fiskus geprellt zu haben. Berlusconi wird gegen das Urteil in Berufung gehen. Damit steht fest, dass das Verfahren verjähren wird, ehe die Strafe rechtskräftig wird. Berlusconi bleibt straffrei.

Bild Key

Mehr auf Seite 6

Keine Einheitssteuer für alle Kantone, sagt Schaffhausen

Der interkantonale Steuerwettbewerb müsse erhalten bleiben, sagt Rosmarie Widmer Gysel.

SCHAFFHAUSEN Im Zusammenhang mit dem Steuerstreit mit der EU über die Besteuerung von Spezialgesellschaften diskutieren mehrere Kantone einheitliche Tarife für alle Unternehmen. Sogar eine Einheitssteuer für alle Kantone wird zum Thema. Eine solche lehnt Schaffhausen jedoch ab. «Wir finden es wichtig, dass ein Wettbewerb zwischen den Kantonen stattfindet, dass die Kantone ihre Steuerhoheit behalten und die

Sätze so festlegen, wie sie es für richtig halten», sagt Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel. Grundsätzlich wolle der Kanton die Steuern für Unternehmen weiter senken, diese Stossrichtung gelte nach wie vor.

«Dass wir im Steuerstreit mit der EU eine gute Lösung finden, ist für Schaffhausen von vitalem Interesse», sagt der Schaffhauser SVP-Ständerat und Präsident der Aussenpolitischen Kommission (APK), Hannes Germann. Deshalb wolle die APK die Kantone künftig stärker in die Verhandlungen mit einbeziehen. (zge/jhu)

Mehr auf Seite 17

Einbürgerung

Den Schweizer Pass gibt's nicht umsonst

NEUHAUSEN AM RHEINFALL Rund die Hälfte der Gesuche von Einbürgerungswilligen in Neuhausen am Rheinfall werden abgelehnt. Walter Herrmann, Präsident der Bürgerkommission, macht hauptsächlich mangelnde Deutschkenntnisse und zu wenig Interesse dafür verantwortlich. Das Einbürgerungsverfahren werde von vielen unterschätzt, sagt Gemeinderat Christian Di Ronco, der die Erstgespräche führt. Trotzdem will man in Neuhausen am heutigen System mit den Informationsabenden festhalten. (ch)

Mehr auf Seite 20

Todesfall im Gefängnis

Häftling hatte das Alarmsystem nicht aktiviert

SCHAFFHAUSEN Die bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft des Kantons Schaffhausen zum Tod eines 44-jährigen Häftlings im kantonalen Gefängnis Schaffhausen haben ergeben, dass dieser in seiner Todesnacht den Alarmknopf in seiner Zelle kein einziges Mal betätigt hatte. Das belegen Aufzeichnungen des Alarmsystems des Gefängnisses.

Mann erhielt Medikamente

Dem Betreuungspersonal war bekannt, dass der Portugiese gesundheitliche Probleme hatte. Entsprechend waren ihm auch ärztlich verschriebene Medikamente ausgehändigt worden.

Aufgrund des jetzigen Erkenntnisstandes kann eine Fremdeinwirkung als Todesursache ausgeschlossen werden. Provisorische Befunde des Instituts für Rechtsmedizin (IRM) Zürich schliessen auch Drogen als Todesursache aus. Ein abschliessender Bericht des IRM Zürich wird in einigen Wochen erwartet.

Chemische Untersuchungen

«Die bisherigen Erkenntnisse legen die Vermutung nahe, dass der Mann wegen seiner gesundheitlichen Probleme starb», erklärte Staatsanwalt Peter Möller auf Anfrage der SN. «Aber wenn jemand in der Obhut des Staates stirbt, muss man sich ganz sicher sein.» Deshalb wird am IRM Zürich in nächster Zeit abgeklärt, ob der Mann seine Medikamente vor dem Tod eingenommen hatte und, falls ja, in welcher Dosierung. «Das erfordert sehr aufwendige chemische Untersuchungen, die relativ viel Zeit brauchen», sagte Möller.

Eine Aufsichtsperson des Gefängnisses hatte den Mann am Freitagmorgen letzter Woche (19. Oktober) um 6.20 Uhr in seiner Zelle am Boden liegend aufgefunden. Die Insassen des Gefängnisses werden am Morgen vom Gefängnispersonal geweckt. Der Mann war wegen geringfügigen Diebstahls in den Haftvollzug gebracht worden. Er starb in seiner zweiten Nacht im Gefängnis. Insgesamt hätte er nur drei Tage und Nächte in Haft verbringen müssen. (StA/dj.)

ANZEIGE

SHMESSE 12

ROUTE 66

HEUTE ABEND!

www.sh-messe.ch



6 004 3
9 771420 60002

Im Briefmarkenformat Wie sich die Vebikus-Künstler an den Kammgarn-Feierlichkeiten beteiligen. **Region Seite 21**

Spatenstich Ein Neubau in Kleinandelfingen schafft Raum für die Verwaltung und für elf Wohnungen. **Weinland Seite 25**

Interview Rosmarie Widmer Gysel, Schaffhauser Finanzdirektorin

«Wir werden sofort reagieren können»

Mehrere Kantone wollen die Unternehmenssteuer generell senken, sogar ein Einheitssatz für alle Kantone wird diskutiert. Schaffhausen beobachtet die Lage sehr genau.

VON ZENO GEISSELER

Im Zuge des Steuerstreits mit der EU schlagen mehrere Kantone vor, die Gesamtbelastung für alle Unternehmen auf noch etwa 13 bis 16 Prozent zu senken. Was würde dies für Schaffhausen bedeuten?

Rosmarie Widmer Gysel: Schaffhausen ist in einer ganz anderen Situation als diese Kantone. Für sie bräuchte eine solche Senkung riesige Einschnitte, wir liegen bei den Unternehmenssteuern hingegen schon jetzt tiefer. Gemäss Steuerstatistik lag die Belastung in Schaffhausen im Jahr 2010 bei 15,97 Prozent, Basel lag bei über 23, Genf sogar über 24 Prozent.

Also besteht grundsätzlich gar kein Handlungsbedarf für Schaffhausen?

Widmer Gysel: Doch. Wir wollen die Steuern für die Unternehmen weiter senken und hatten dies ja schon im Jahr 2011 geplant. Weil sich die Finanzlage unerwartet verschlechterte, konnten wir diese Pläne dann nicht umsetzen. Grundsätzlich gilt diese Stossrichtung aber nach wie vor.

Es gibt Überlegungen, die tieferen Steuersätze einheitlich für alle Kantone anzuwenden. Das wäre das Ende des kantonalen Steuerwettbewerbs.

Widmer Gysel: Ja, aber das ist überhaupt noch nicht konkret, hier handelt es sich erst um Gedankenspiele. Viele Kantone sind finanziell in einer schwierigen Situation, sie könnten sich eine Senkung gar nicht oder jedenfalls viel weniger leisten als wir.

Dennoch: Was würde ein solcher Einheitssatz für Schaffhausen bedeuten, auch in Franken und Rappen?

Widmer Gysel: Das käme auf den tatsächlichen Umfang der Senkung an. Was ich sagen kann, ist, dass wir 2011 im Rahmen der geplanten Entlastungen von Mindereinnahmen im Umfang



«Es gehört mehr zu einem attraktiven Standort als nur ein tiefer Steuersatz»: Rosmarie Widmer Gysel.

Bild Selwyn Hoffmann

von rund acht Millionen Franken für den Kanton und knapp sieben Millionen Franken für die Gemeinden ausgegangen waren. Aber gegen einen Einheitssatz würden wir uns entschieden zur Wehr setzen.

Warum?

Widmer Gysel: Wir finden es wichtig, dass ein Wettbewerb zwischen den Kantonen stattfindet, dass die Kantone ihre Steuerhoheit behalten und die Sätze so festlegen, wie sie es für richtig halten.

Wenn der Steuerwettbewerb wegfällt, werden andere Faktoren wichtiger. Wären wir hier nicht im Vorteil?

Widmer Gysel: Es gehört sicher mehr zu einem attraktiven Standort als nur ein tiefer Steuersatz. Luzern etwa hat seine Steuern für Unternehmen massiv gesenkt, doch der Erfolg ist nur mässig.

Der Ursprung des Streits mit der EU ist die Besteuerung von Spezialgesellschaften. Wie wichtig sind diese für unseren Kanton?

Widmer Gysel: Es gibt im Kanton, Basis Steuerstatistik 2010, insgesamt 3640 juristische Personen, davon sind

«Wir finden es wichtig, dass ein Wettbewerb zwischen den Kantonen stattfindet, dass die Kantone ihre Steuerhoheit behalten und die Sätze so festlegen, wie sie es für richtig halten»

358 Spezialgesellschaften: 164 Holdings und 194 gemischte Gesellschaften. Diese Spezialgesellschaften bieten rund 3000 Arbeitsplätze, sie generieren einen grossen Anteil der Steuereinnahmen der juristischen Personen. Wenn wir keine Lösung finden, könnten diese

Gesellschaften ihren Sitz verlegen und Schaffhausen, aber auch die Schweiz verlassen.

Sind dies alles Firmen, welche die Wirtschaftsförderung in den Kanton geholt hat?

Widmer Gysel: Nein, bei Weitem nicht alle. Diese Spezialformen gibt es ja schon über 50 Jahre, und auch einige alteingesessene, hiesige Firmen nutzen diesen speziellen Steuerstatus.

Wie sollte eine ideale Lösung des Steuerstreits aussehen?

Widmer Gysel: Sicher ist, dass wir nicht einfach wieder eine neue Form von Spezialgesellschaft kreieren können. Davon müssen wir wegkommen. Dieser Status lässt sich wohl nicht aufrechterhalten. Am einfachsten wäre es schon, den Steuersatz für alle Unternehmen anzupassen.

Vom kleinen Coiffeurladen bis zum Grosskonzern?

Widmer Gysel: Ja, sofern der Coiffeur als juristische Person auftritt.

Die Basler Finanzdirektorin Eva Herzog fordert, dass Kantone, die ihre Unternehmenssteuer senken, im Gegenzug aus dem Finanzausgleich entschädigt werden sollen. Was halten Sie davon? Wir gehören ja neu auch zu den Nettozahlern.

Widmer Gysel: Mein Eindruck ist, dass sowohl mit dem Finanzausgleich als auch mit der möglichen Senkung der Unternehmenssteuern vor allem versucht wird, Druck auf Bern auszuüben. Starke Kantone wie Zug und Schwyz wollen den Finanzausgleich pro Kopf limitieren, grosse Kantone wie Zürich und Basel führen Steuersenkungen ins Feld und fordern, dass der Bund einen Teil übernehmen soll.

Zeichnet sich denn eine Lösung ab?

Widmer Gysel: Der Bund kann entweder seine Bundessteuern für Unternehmen senken, damit würde die Gesamtbelastung für die Firmen in allen Kantonen gleichermassen fallen, oder er kann die Senkung den Kantonen überlassen. Ich denke nicht, dass es zu einem Einheitssatz kommt, sondern eher, dass eine minimale Untergrenze festgelegt wird.

Wäre das gut?

Widmer Gysel: Wichtig ist, dass man im Vergleich mit anderen Staaten auch wirklich alle Abgaben vergleicht. In gewissen Ländern bezahlen die Unternehmen zum Beispiel auf Lizenzen nahezu keine Steuern, solche Sachen muss man unbedingt auch berücksichtigen, sonst sind die Spiesse ungleich lang, auch wenn die Steuersätze auf dem Papier identisch sind.

Wie geht es weiter?

Widmer Gysel: Bern ist nach wie vor am Ball, die EU erwartet ja eine Lösung bis Ende Jahr. Ich gehe davon aus, dass es danach eine Übergangsfrist von mehreren Jahren gibt. Unsere Task-Force der Steuerverwaltung und der Wirtschaftsförderung ist auf verschiedene Szenarien vorbereitet und hat mehrere Modelle gerechnet. Sobald das Ergebnis der Verhandlungen bekannt ist, werden wir sofort reagieren können.

Frau Regierungsrätin, besten Dank für dieses Gespräch.

«Es wird mit harten Bandagen gekämpft»

Im Steuerstreit mit der EU sucht die Schweiz eine Verhandlungslösung. Das heutige System wird man aber kaum retten können.

VON JAN HUDEC

Die EU macht Druck auf die Schweiz. Sie will, dass die Schweiz ihr Steuersystem umkrempelt, denn die Sonderbesteuerung von sogenannten Spezialgesellschaften ist ihr ein Dorn im Auge. Dieses System ermöglicht es, dass Erträge, die im Ausland erzielt werden, tiefer besteuert werden als solche aus dem Inland.

Als Präsident der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Ständerats verfolgt Hannes Germann die Verhandlungen aus nächster Nähe. «Die Verhandlungen sind natürlich vertraulich.» Klar ist aber, welche Forderungen die

Schweiz durchzusetzen versucht. Germann hatte im Juni eine Motion mit entsprechenden Eckwerten eingereicht, denen der Bundesrat im Grundsatz auch zugestimmt hat: keine Übernahmen des EU Code of Conduct, der einen aus Sicht der EU schädlichen Steuerwettbewerb verbietet, lange Übergangsfristen für eine Anpassung der Besteuerung von Spezialgesellschaften und keine Diskriminierung von in der Schweiz ansässigen Unternehmen gegenüber solchen in EU-Mitgliedstaaten. «Ich hoffe, dass der Bundesrat möglichst nahe an diesen Vorgaben bleiben kann», so Germann.

Das ist nicht ganz einfach, denn die EU hat ihre Druckmittel: «Zum Beispiel, indem sie Dossiers blockiert, die uns wichtig sind.» Oder auch, indem man Schweizer Unternehmen Steine in den Weg legt. So brauchen Schweizer Firmen, die in Frankreich an einer WTO-Ausschreibung teilnehmen wollen, Papiere aus Paris. «Bis diese Papiere ausgestellt sind, ist dann der Auftrag

längst vergeben.» Auf diese Weise würden die Schweizer vom französischen Arbeitsmarkt ferngehalten. «Jetzt, wo die EU-Staaten finanziell so unter Druck sind, wird mit harten Bandagen gekämpft.»

Die Schweiz muss sich im Steuerstreit also bewegen. Bis im November erwartet die EU einen Lösungsvorschlag. «Dieser Zeithorizont ist nicht



Präsident der Aussenpolitischen Kommission: Hannes Germann.

Bild Key

realistisch», sagt Germann. Schnelle Lösungen kämen überhaupt nicht infrage, für eine gute Lösung brauche es Zeit.

Doch wie könnte diese Lösung aussehen? Das heutige System werde man kaum in die Zukunft retten können, sagt Germann. Eine Möglichkeit bestünde nun darin, dass man auf Bundesebene die Steuern für alle Unternehmen um rund drei Prozent senken würde, was allerdings Milliardenverluste zur Folge hätte. Andererseits könnte man gewisse Systeme aus dem EU-Steuerrecht übernehmen, zum Beispiel das sogenannte Boxensystem, das Ausnahmeregelungen ermöglicht. Am wahrscheinlichsten sei eine Kombination dieser Massnahmen. «Damit wäre dem Standort Schweiz gedient, und wir wären nicht mehr angreifbar.» Der Kanton Schaffhausen mit seinem hohen Anteil an Spezialgesellschaften habe jedenfalls ein vitales Interesse daran, dass der Bundesrat eine gute Lösung finde. Nicht zuletzt deshalb wolle die APK die Kantone künftig besser in die Verhandlungen mit einbeziehen.

Stichtwort Streit um die Unternehmenssteuern

Kritik der EU Die EU moniert seit mehreren Jahren die besonders tiefe Besteuerung für spezielle Gesellschaftsformen von Firmen, die ihren Sitz in der Schweiz haben, aber vornehmlich im Ausland tätig sind.

Status gefährdet Es kann sein, dass die steuerliche Sonderbehandlung der Spezialgesellschaften abgeschafft wird. Die Schweiz und die EU verhandeln darüber.

Mögliche Lösungen Verschiedene Kantone, vor allem Zürich und Genf, spielen mit dem Gedanken, ganz allgemein die Unternehmenssteuern zu senken. Davon würden nicht nur die Spezialgesellschaften, sondern alle Firmen profitieren, die Folge wären aber grosse Ausfälle. Umstritten sind weitere Forderungen wie Zahlungen aus dem Finanzausgleich für Kantone, welche die Unternehmenssteuer senken, sowie die Schaffung eines einheitlichen Steuersatzes für alle Kantone.